



im Rat der Stadt Bochum

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

Ver.di Bezirk Bochum-Herne
Bezirksgeschäftsführung
Universitätsstr. 76
44789 Bochum

Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1-3
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296
Fax: (0234) 910 - 1297
email: linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de

Bochum, den 11.8.2009

Mindestlohn geht uns alle an!

Euer Schreiben vom 24. Juli 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie ihr sicherlich wisst, setzt sich DIE LINKE. seit ihrer Gründung für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein. Der Grund: Lohndumping hat in Deutschland seit über zehn Jahren Konjunktur. Die Zahl der Beschäftigten, die vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben können, ist stark gestiegen. Stundenlöhne von fünf Euro und weniger sind keine Seltenheit. Immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. Der Staat subventioniert so Unternehmen, die schlechte Löhne zahlen, obwohl die Gewinne steigen.

Dieser Zustand ist einer reichen Gesellschaft unwürdig. Von Arbeit muss man leben können. Nur ein gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn kann dem Lohndumping eine Grenze setzen, unter der nichts mehr erlaubt ist. Nur ein ausreichend hoher Mindestlohn kann Hungerlöhne, die nicht zum Leben reichen, verhindern. Wenn die Löhne wieder auf einem sicheren Fundament stehen, gehen auch die Einnahmeausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen infolge Lohndumping und prekärer Arbeit zurück.

Deshalb hat DIE LINKE. im Bundestag regelmäßig Anträge zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns gestellt, zuletzt am 2.12.2008, Drucksache 16/11192. Leider sind diese parlamentarischen Initiativen bisher an der Ablehnung von CDU/CSU, SPD, FDP und auch der Grünen gescheitert.

Aktuell fordert DIE LINKE. in ihrem Bundestagswahlprogramm: „flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild einführen, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen; höhere tarifliche Mindestlöhne in den betreffenden Branchen für allgemeinverbindlich erklären; Allgemeinverbindlichkeitserklärung auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände erleichtern.“ Ihr könnt davon ausgehen, dass DIE LINKE. auch in der nächsten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag entsprechende Initiativen ergreifen wird.

Gerade die aktuelle Rechtsprechung im Fall TNT gegen die Stadt Dortmund zeigt, dass auch eine neue gesetzliche Regelung notwendig ist, um bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auch soziale und ökologische Kriterien vorzuschreiben. DIE LINKE fordert dazu in ihrem Bundestagswahlprogramm: „Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen: Zahlung von Tariflöhnen beziehungsweise eines gesetzlichen Mindestlohns; Gleichstellung von Frauen und Männern; Förderung und gleichberechtigter Zugang von Menschen mit Behinderung und von Menschen mit Migrationshintergrund; Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen.“

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum wird sich in der nächsten Wahlperiode parallel zu den notwendigen gesetzlichen Regelungen dafür einsetzen, dass auch die Stadt Bochum bei öffentlichen Ausschreibungen die Einhaltung dieser Arbeitsnormen einfordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie wir alle wissen, werden sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen gesetzlichen Mindestlohn und für ein neues Vergaberecht nur ändern, wenn genügend gesellschaftlicher Druck entsteht. Deshalb haben sich Mitglieder der Bochumer LINKEN und Mitglieder der Ratsfraktion auch in der Vergangenheit an außerparlamentarischen Aktivitäten der Gewerkschaften beteiligt, zuletzt an der Großdemonstration des DGB am 16 Mai in Berlin. Deshalb beteiligen wir uns auch gerne an dem bundesweiten Aktionstag am 12.9. für einen gesetzlichen Mindestlohn und werden als Gewerkschaftsmitglieder persönlich am Husemannplatz vorbeischaun.

Mit freundlichen Grüßen

Ernst Lange
Fraktionsvorsitzender